Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung in West-Canada u. wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „West. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

THE "SASKATCHEWAN COURIER
is the largest German newspaper published in Western Canada. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - Telephone 657

1819 Scarth-Str., Zimmer 104 — Organ der Deutschen in West Canada — 1819 Scarth Str. Room 104

6. Jahrgang — Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 26. Februar 1913 — No. 17

Kaiser-Jubiläum

König von Italien und österreichischer Thronfolger werden teilnehmen. — Keine Fleischnot. — Hochverräter angeklagt, — Waffen und Rußland. — Christiania gesunken.

Berlin. — Die Feier des 25-jährigen Regierungsjubiläums des deutschen Kaisers wird unter großen Festlichkeiten vor sich gehen. Wie jetzt angekündigt wird, werden auch die beiden Bundesgenossen, Oesterreich und Italien, daran Teil nehmen.

Der greise Franz Joseph muß es sich allerdings angesichts seines hohen Alters versagen, selbst nach Berlin zu kommen. Dafür wird indessen der Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand dem Silberjubilar die Glückwünsche der österreichischen Monarchie überbringen.

König Viktor Emanuel von Italien hat seinen Besuch bereits zugesagt. Das Kommen dieser beiden Repräsentanten der Dreibundstaaten wird als ein hochbedeutendes Zeichen für die Festigkeit des Bundes angesehen.

Berlin. — Die Kaiserin wird wahrscheinlich in der nächsten Woche zusammen mit ihrer Tochter Viktoria Luise und deren Verlobten, dem Prinzen Ernst August von Cumberland, eine Reise nach Schloß Gmunden in Oesterreich machen, um dem Herzog Ernst August von Cumberland einen Besuch abzustatten.

Berlin. — Der Bund der Landwirte hat eine Tagung abgehalten, die gut besucht war und auf der es recht lebhaft herging. Der Vorsitzende v. Wangenheim bestritt in seiner Eröffnungsrede das Bestehen einer Fleischnot, gab aber das Bestehen einer Teuerung zu. Er schlug einen überaus scharfen antisemitischen Ton an. Die nachfolgenden Redner, die Abgeordneten Roesicke, Hahn und Oldenburg, sprachen in ähnlichem Sinne.

Berlin. — Die Reichsregierung hat die Absicht, den früheren Reichstagsabgeordneten Laugel, Ehrenpräsident der Centrumspartei in den Reichslanden, wegen Hochverrats unter Anklage zu stellen. Er hat sich in Belfort in Frankreich Ausfälle gegen Deutschland zu Schulden kommen lassen. Nachdem er gesagt, daß die deutsche Kultur tief unter der französischen stände, sprach er von Belfort als von der Erinnerung der teuersten Hoffnung.

Dresden. — Dresden wundert sich über das Verschwinden des bisher hochangesehenen Stadtrats Sulzberger, Besitzers mehrerer Fabriken, in dessen Kasse ein Lücke von mehreren Millionen entdeckt worden ist.

Hamburg. — Auf der Höhe von Borkum ist der Dampfer Christiania nach einem während dichten Nebels erfolgten Zusammenstoße mit dem Dampfer Galata gesunken und die fünf Offiziere des Christiania sind ertrunken. Die aus 19 Mann bestehende Besatzung konnte gerettet werden, die Offiziere weigerten sich aber, das Schiff zu verlassen.

Berlin. — Wie sich herausstellt, hat Rußland vor Kurzem der serbischen Regierung Waffen im Werte von $100,000 geschenkt.

Zollschwindel.

Wien. — Auf dem hiesigen Hauptzollamt ist ein umfangreicher Schwindel aufgedeckt worden, der schon geraume Zeit systematisch betrieben worden ist und den Staat um riesige Summen geschädigt hat.

Es handelt sich um einen ausgedehnten Schmuggel von Saccharin, ein für die Beteiligten höchst einträgliches Geschäft, da Saccharin einem außerordentlich hohen Zoll unterliegt, so daß der Schmuggel auch bei kleinen Quantitäten sehr rentabel ist.

Es sind bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen und weitere Verhaftungen stehen in Aussicht. Augenscheinlich hat man es mit einer weitverzweigten Organisation zu tun.

Generalstreik in Belgien.

Brüssel.—Der nationale Ausschuß der organisierten Arbeiterschaft Belgiens hat den 14. April für den Beginn eines Generalstreiks sämtlicher Arbeiter im ganzen Lande angesetzt.

Poincares Amtsantritt

Uebernimmt die Präsidentschaft der französischen Republik. — Frankreichs Heer. — Verfehltes Unternehmen. — Volkserregung in Japan.

Paris. — Unter einfachen Zeremonien übernahm Raymon Poincare, der bisherige französische Ministerpräsident, das Amt des Präsidenten der französischen Republik. Um so größer war der Enthusiasmus des französischen Volkes, das dem „neuen Herrn" begeistert zujubelte.

Die Inauguration fand im Elysee Palast statt. Premier Aristide Briand holte Poincare in einer vierspännigen Equipage von seiner Wohnung ab und fuhr mit ihm die Avenue Du Bois de Boulogne, die Avenues Des Champs Elysees und die Avenue de Marigny entlang nach dem Palast.

Präsident Fallieres und Expräsident Loubet empfingen Poincare und Briand am Eingang zum Elysee-Palast und geleiteten die Herren nach dem Empfangssaal. Präsident Poincare und sein Vorgänger küßten sich gegenseitig auf beide Wangen und die Kanonen auf der Place des Invalides feuerten einen Salut ab. Damit war die Inauguration erledigt.

Ein Regiment Kürassiere eskortierten die Equipage Poincares nach dem Palast. Trotz des bitterkalten Wetters bildete eine dichte Volksmenge auf den Straßen Spalier.

Paris.—Ganz Frankreich scheint entschlossen zu sein, die Absicht der Regierung, die Präsenzstärke des Heeres bedeutend zu erhöhen, mit allen Mitteln zu unterstützen. Interviews mit hervorragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Preßkommentare und Konferenzen unter den Senatoren und Deputierten lassen zur Genüge erkennen, daß das Volk zu jedem Opfer bereit ist.

Rechtamtlich schätzt man, daß Frankreich ungefähr $40,000,000 jährlich für die Verstärkung seiner Armee außer den nicht ganz $120,000,000 betragenden regulären Ausgaben aufwenden will. Es ist in der Regierungsvorlage vorgesehen, daß die militärpflichtige Jugend sechs, eventuell zwölf weitere Monate, unter den Fahnen dienen muß.

Paris. — Gelegentlich der Explosion eines Geschützes an Bord des französischen Schlachtschiffes Danton sind drei Mann getötet worden.

Christiania, Norwegen. — Die zweite norwegische Expedition, die zum Entsatz der deutschen wissenschaftlichen Forscher ausgesandt wurde, die in entlegenen Gegenden von Spitzbergen gestrandet sind, ist ein verfehltes Unternehmen. Die Expedition verließ Advent Bay im Januar, sah sich aber genötigt, nach Green Harbor zurückzukehren, wo sie in bedauerlicher Lage eintraf. Die Expedition war in Dickson Bay von einem Wirbelsturm überrascht worden.

Tokio, Japan. — In ganz Japan treten Anzeichen von Volkserregung in so hohem Maße zu Tage, daß es notwendig geworden ist, die Zivilbehörden bei der Bewachung der Wohnungen der Mitglieder der kaiserlichen Familie und der Regierungsbeamten durch Militär zu unterstützen.

In Kobe, Himoji und anderen Orten droht die Bevölkerung mit Zerstörung der Häuser, die von Mitgliedern der von dem Fürsten Taro Katsura gegründeten neuen konstitutionellen Unionisten Partei bewohnt werden.

Oesterreich nimmt Anleihe zur Bestreitung der Rüstungen auf.

Wien. — In Folge der politischen Lage sieht sich die österreichische Regierung zu einer neuen Ausgabe von 4½ prozentiger Goldrente gezwungen. Rotschild, die Kreditanstalt und andere Bankhäuser hoffen einen Teil davon in Deutschland, Holland, Belgien und möglicherweise in den Ver. Staaten unterzubringen. Der größere Teil der Rente muß aber in Oesterreich-Ungarn selbst placirt werden, da der Pariser und Londoner Geldmarkt mit Berücksichtigung der Politik der Triple-Entente einem Anlehen zu diesem Zwecke verschlossen bleibt.

Spannung wird bedrohlich

Rumäniens Forderung. — Bulgarische Regierung will auch neuen Vorschlägen Rumäniens nicht beistimmen.—Diplomaten hoffnungsvoll. — Jene Schlacht.

London. — In Verbindung mit der Lage auf dem Balkan ist die Spannung zwischen Rumänien und Bulgarien akut geworden. Trotzdem haben die europäischen Großmächte die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es ihnen gelingen wird, in Sofia und Bukarest ihren Einfluß in versöhnlichem Sinne geltend zu machen. Ihre Vermittlung in der schwierigen Angelegenheit sollen sie bereits angetragen haben.

London. — Rumänien fordert in seinen letzten Vorschlägen die Abtretung des bulgarischen Gebiets entlang der Küste des Schwarzen Meeres bis zum Kap Kali Akra sowie die Uebergabe von Baltschik als Entgelt für seine Verzichtleistung auf Silistria, das aufzugeben die bulgarische Regierung sich endgiltig weigerte.

Die bulgarische Regierung will auch von diesem Vorschlag nichts wissen, da sie erklärt, daß die Befestigungen auf Kap Kali Akra eine beständige Drohung für den bulgarischen Hafen Varna bedeuten würden.

Viel hoffnungsvoller sind, wie in diplomatischen Kreisen verlautet, die Aussichten mitbezug auf die russisch-österreichischen Schwierigkeiten. Rußland soll nicht mehr darauf bestehen daß Montenegro Skutari erhält, und falls mit Rücksicht darauf den Wünschen der österreichischen Regierung entgegengekommen wird, dürften sich auch die anderen Meinungsverschiedenheiten leichter ausgleichen.

London. — Die hier eingetroffene Nachricht von einer dreitägigen blutigen Schlacht, die sich Türken und Bulgaren bei Bulair mit einem Gesamtverlust von rund 7000 Mann auf beiden Seiten lieferten, dürfte ein Kriegskorrespondent den Meldungen der letzten Woche entnommen haben. Da die Nachricht von keiner Seite bestätigt wurde, glaubt man, daß es sich um Kämpfe handelt, die längst stattfanden und der Welt seinerzeit ausführlich berichtet wurden. Durchaus verläßlichen Meldungen zufolge, waren, abgesehen von kleinen Vorpostengefechten, „blutige Zusammenstöße" zwischen Bulgaren und Türken in den letzten Tagen überhaupt nicht zu verzeichnen.

Gerüchte, daß der angeblich schwerverwundete Enver Bey, Generalstabschef der türkischen Armee, am 18. Februar abermals bei Kodosto eine beträchtliche Truppenmacht landete, können gleichfalls nicht bestätigt werden.

Scheefe Pascha soll die türkischen Stellungen bei Bulair am Mittwoch besucht, aber keine Nachrichten von erneuten Kämpfen überbracht haben.

Adrianopel hält sich noch immer. Die Lage dort ist ziemlich unverändert. Der Festungskommandant hat den bulgarischen Oberkommandanten auf eine von Ausländern bewohnte neutrale Zone am rechten Ufer der Maritza aufmerksam machen lassen.

Vor Skutari unterstützt seit einigen Tagen schwere serbische Festungsartillerie die Montenegriner, denen es trotz aller Anstrengungen noch immer nicht gelungen ist, die Festung zur Uebergabe zu zwingen.

London. — Nach zuletzt eingetroffenen Nachrichten aus Sofia soll Hakki Pascha die Note der Großmächte angenommen haben, welche der Türkei den Ratschlag giebt, Adrianopel abzutreten und das Schicksal der Aegäischen Inseln in den Händen der Mächte zu lassen. Die Türkei hat sich bereit erklärt, die Friedensbedingungen der Mächte anzunehmen, sodaß man Frieden in einigen Wochen erwartet.

Bukarest. — Das rumänische Kabinett hat das Anerbieten der Mächte angenommen, welche den Grenzstreit zwischen Rumänien und Bulgarien schlichten wollen. Auch Bulgarien scheint mit diesem Vorschlage einverstanden zu sein.

Budapests neues Oberhaupt.

Budapest. — Der Reichstagsabgeordnete Franz Heltai ist zum Oberbürgermeister von Budapest gewählt worden.

Zaren-Antwort kurz

Ergebnis des Handschreibens Kaisers Franz Joseph an den Kaiser von Rußland. — Rußland muß seinen slawischen Brüdern beistehen. — Kreta an Griechenland.

St. Petersburg.—Die Antwort des Zaren auf das ihm kürzlich vom Prinzen Hohenlohe überbrachte Handschreiben des Kaisers Franz Joseph von Oesterreich ist kurz und einschneidend. Der Zar erklärt, Oesterreichs Haltung in den letzten Jahren habe Rußland gezwungen, die Interessen seiner slawischen Brüder zu unterstützen.

Gleichzeitig spricht Kaiser Nikolaus den Glauben aus, daß sich ein Mittel zur Aufrechterhaltung des Friedens finden lassen werde.

Berlin. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" widmet der Balkanlage eine ausführliche Besprechung und richtet dabei ihre Aufmerksamkeit besonders auf die neuerlichen Meldungen von den angeblich unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland bezüglich der Ausgestaltung eines unabhängigen Albaniens.

„Die Presse Europas," so führt das offiziöse Organ im wesentlichen aus, „überschätzt die Bedenklichkeiten der mit der Abgrenzung Albaniens verknüpften Fragen. Obgleich Europa in manchen Punkten uneinig ist, so wird doch mit reicher Aussicht an einen Ausgleich der Interessen gearbeitet.

„Wir gedenken in diesem Zusammenhange der Reise des Prinzen Hohenlohe-Schillingsfürst nach St. Petersburg und stimmen nicht der Auffassung zu, daß sie ihren Zweck verfehlte." Wir glauben vielmehr, daß die politische Fühlungnahme zwischen Kaiser Franz Joseph und dem Zaren auf die Lösung der Balkanfragen erleichternd nachwirkt."

Auf Grund von Vorstellungen Deutschlands und anderer Mächte fügt der Artikel, gewissermaßen als Illustration gemeinsamer Bestrebungen, hinzu, habe Bulgarien sich dazu verstanden, Vorkehrungen für die Sicherheit der Fremden in Adrianopel zu treffen.

Kreta an Griechenland.

Die Insel Kreta wurde am Samstag von den Schutzmächten Großbritannien, Rußland, Frankreich und Italien endgiltig geräumt und in der Hauptstadt unter riesigem Jubel der Bevölkerung die griechische Flagge aufgezogen.

Ein britischer Kreuzer landete am Samstagmorgen eine Abteilung Matrosen in der Suda-Bucht, und diese nahm die Flagge der Schutzmächte, die dort seit 1898 wehte, wie auch die türkische, ab.

Jubelfeier in Rußland.

St. Petersburg.—Die Vorbereitungen für die dreihundertjährige Feier der Thronbesteigung des Hauses Romanow sind jetzt beinahe vollendet. Die Feier, die am 6. März beginnt und einige Monate dauert, wird dem Zaren Gelegenheit geben, mit allen Klassen seiner Untertanen in Berührung zu kommen. Das Eriwansche Grenadierregiment, das einzige noch aus der Zeit Michaels, des ersten Zaren aus dem Hause Romanow stammende russische Regiment, wird über die Dauer der Feierlichkeiten als Ehrenwache für die kaiserliche Familie aus seiner Garnison im Kaukasus nach St. Petersburg abkommandiert.

Aegypten will unabhängig werden.

Wien. — Der „Neuen Freien Presse" wird aus Cairo telegraphiert daß Aegypten sofort nach der Wiederherstellung des Friedens auf der Balkanhalbinsel seine Unabhängigkeit von der Türkei proklamieren und sich dann unter das Protektorat Englands stellen will.

Oesterreichischer sozialistischer Abgeordnete Schuhmeier ermordet.

Wien. — Herr Schuhmeier, Mitglied des österreichischen Reichsrats und zur sozialdemokratischen Partei gehörig, wurde auf dem Bahnhof von einem stellungslosen Arbeiter, mit Namen Kudschak ermordet. Kudschak erklärte, Schuhmeier arbeite nicht genug für die Arbeiterklasse.

Root hatte keinen Erfolg

Sein Amendement zum Panama-Kanal-Gesetz vorläufig zurückgestellt.—Britische Antwort.—Amerikanisch-französischer Vertrag. — Castro darf landen.

Washington. — Das von Senator Root vorgeschlagene Amendement zum Panama-Kanal-Gesetz durch das die Bestimmung widerrufen werden sollte, daß amerikanische Schiffe im Küstenverkehr den Kanal gebührenfrei passieren dürften, wurde am Montag im zuständigen Senatskomittee mit 7 gegen 3 Stimmen abgelehnt, bezw. auf den Tisch des Hauses gelegt; für das Amendement traten nur die Senatoren Brandegee, Page und Percy ein.

Mit diesem Beschluß des Komitees ist die Vorlage für die gegenwärtige Kongreßsession vollends abgetan, denn da das Komittee keinen Bericht an das Plenum des Senats zureichen wird, ist auch keine Gelegenheit für einen Minderheitsbericht. Verschiedene der Senatoren, die dafür stimmten, das Amendement auf den Tisch zu legen, begründeten dies damit, daß die Frage zu wichtig sei, um jetzt gegen Schluß des Kongresses in der Eile erledigt zu werden.

Washington. — Die Antwort des britischen Ministers des Aeußern Sir Edward Grey, auf die letzte von Sekretär Knox hinsichtlich der Panamakanal-Gebühren der britischen Regierung übermittelte Note ist fertiggestellt, und wird, wie in Washington erwartet wird, noch im Laufe der Woche, wenigstens ihrem Inhalt nach, der amerikanischen Regierung zugestellt werden. Soviel bis jetzt bekannt ist, ist durch die britische Antwort die Frage keineswegs zum Abschluß gebracht, noch enthält die Note die Versicherung der Annahme des amerikanischen Vorschlags, den gegenwärtigen Schiedsgerichtsvertrag unter dessen Bestimmungen die Panama-Kontroverse einer aus sechs Mitgliedern bestehenden Kommission zur Beilegung unterbreitet werden könnte, zu ratifizieren.

Tatsächlich soll die Antwort im Grunde genommen nichts mehr sein als eine Wiederholung des britischen Argumentes, daß die Schiffe aller Nationen im Panamakanal gleich behandelt werden müssen.

Washington. — Der Senat hat die Verlängerung des gegenwärtig zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten bestehenden Schiedsgerichtsvertrages bis zum Jahre 1918 ratifiziert. Ein allgemeiner Vertrag mit fremden Nationen, der sich auf sanitäre Verhältnisse bezieht wurde gleichfalls gutgeheißen.

Washington.—Cipriano Castro darf sich in den Vereinigten Staaten aufhalten, so lange es ihm beliebt. Bundes-Kreisrichter Henry G. Ward hob den gegen den früheren Präsidenten von Venezuela erlassenen Deportationsbefehl formell auf. Schon vor einiger Zeit war Castro gegen nominelle Bürgschaft durch das Bundesgericht aus dem Detentionsraum auf Ellis Island entlassen worden.

Die Schlappe, die Zar Williams von Ellis Island und Sekretär Nagel vom Handels-Department durch die Castro-Affaire erlitten haben, wird durch die scharfe Kritik, die Richter Ward in seiner Entscheidung an ihrem Vorgehen übt, noch größer.

Es wird das eigenmächtige Verfahren von Williams und Nagel, das jedem Ausländer, der sich am Landestor meldet, jeden Rechtsschutz abspricht, für absolut ungesetzlich erklärt.

In dieser Beziehung erklärt Richter Ward: „Ausländer haben das Recht, in den Vereinigten Staaten zu landen, es sei denn, daß sie gegen eine der Bestimmungen des Gesetzes vom 20. Februar 1907 verstoßen. Die Einwanderungsbehörde muß aber beweisen, daß bei irgend einem Ausländer, dem das Landungsrecht verwehrt wird, ein derartiger Verstoß vorliegt. Obwohl Ausländer nicht Bürger sind, genießen sie doch Rechtsschutz, der respektiert werden muß.

Mit Bezug auf die Behauptung, daß Castro sich durch die Verfügung der Hinrichtung des Generals Paredes eines Verbrechens schuldig gemacht habe, erklärt der Richter, daß hierfür jeder Beweis fehle. Der Umstand, daß Castro sich geweigert habe, selbst Rede und Antwort zu stehen, dürfe unter keinen Umständen gegen ihn ausgenutzt werden.

Staatsstreich in Mexiko

Madero und sein Kabinett abgesetzt. — Huerta Präsident. — Kampf eingestellt. — Präsident Madero, der Vizepräsident und Maderos Bruder ermordet.

Stadt Mexico. — Der barbarische Bürgerkrieg, der seit einigen Wochen in der mexicanischen Hauptstadt tobte, hat ein sensationelles, vollständig unerwartetes Ende gefunden. Präsident Madero ist von seinen eigenen bisherigen Freunden den Generälen Victoriano, Huerta und Arturo Blanquet im Nationalpalast mit seiner ganzen Familie gefangen genommen worden, und General Huerta hat sich mit Zustimmung des Rebellenführers Diaz zum provisorischen Präsidenten ausrufen lassen. Die Bevölkerung befindet sich in ungeheurer Aufregung und jubelt dem neuen Herrscher zu.

Fast gleichzeitig mit der Verhaftung des Präsidenten erfolgte diejenige seines Bruders Gustavo Madero und des Generals Delgado. Der Vicepräsident Pino Suares und das ganze Kabinet haben resigniert.

General Victoriano Huerta, der bis dahin den Kampf der Regierungstruppen gegen General Diaz und seine Leute geleitet hatte, wurde mit des letzteren Einverständnis zum provisorischen Präsidenten proklamiert; General Aureliano Blanquet, der ihm bei dem Staatsstreich unterstützte ist provisorisch Höchstkommandierender des Heeres.

Die Nachricht von Maderos Abdankung nach zehntägigem blutigem Straßenkampf in der Hauptstadt wurde von der Bevölkerung mit riesigem Jubel aufgenommen und die Demonstrationen dauerten bis spät in die Nacht. Marco Hernandez, der Bruder des bisherigen Ministers des Innern Rafael Hernandez, wurde von dem Regierungspalast von Rurales getötet, weil er sich weigerte, in den Ruf: „Es lebe Huerta" einzustimmen. Außerdem wurde an einer anderen Stelle der Stadt das Gebäude der „Nueva Era", eines Organs der Madero-Partei, in Brand gesteckt.

Außer Madero wurde Vizepräsident Jose Pino Suarez die Nacht über im Palast gefangen gehalten. Die Minister des Kabinetts wurden über Nacht auf Ehrenwort entlassen, Senor Juan Sanchez Azcona, Maderos Privatsekretär, gelang es, während der Nacht in einem Automobil aus der Hauptstadt zu fliehen. Die neuen Machthaber haben die Versicherung gegeben, daß Madero mit möglichster Schonung behandelt werden soll und nichts für sein Leben zu befürchten habe. General Huerta übersandte eine Depesche dieses Inhalts persönlich an Maderos Gattin.

Mexico City. — Ein tragisches Nachspiel des Aufruhrs in Mexico City, durch den der Maderoschen Verwaltung in der vielgeprüften Republik ein unrühmliches Ende bereitet wurde, bildete die Hinrichtung Gustavo Maderos, eines Bruders des bisherigen Präsidenten und bekannt als „Macht hinter dem Thron."

Mexico City, den 23. Feb.—Nachdem Präsident Madero bereits mit seinem Kabinett abgedankt hatte, wurde er auf dem Wege vom Palast nach dem Gefängnis in Gemeinschaft mit dem Vizepräsidenten Jose Pino Suarez ermordet. Die näheren Umstände, die den Tod des Expräsidenten herbeiführten, sind bislang noch nicht bekannt. Die einzigen Zeugen der ruchlosen Tat waren nur die eigentlichen Mörder selber. Der provisorisch eingesetzte Präsident General Huerta sagt zwar, daß die Tötung der beiden Männer durch Zufall geschehen sei, als dieselben einen Fluchtversucht machen wollten. Eine Untersuchung soll eingeleitet werden und die Täter sollen exemplarisch bestraft werden. Jedoch wird allen diesen faulen Entschuldigungen wenig Glauben beigemessen und alles deutet daraufhin, daß der Mord mit Vorbedacht geplant worden war. Die beiden Frauen der Ermordeten wurden nicht einmal im Gefängnis vorgelassen, um die toten Leichen zu beerdigen.

Washington. — Die fünfte Brigade der zweiten Division, bestehend aus vier Infanterieregimentern unter dem Kommando von Brigadegeneral F. A. Smith erhielt am Samstag Befehl, nach Galveston, Texas, abzugehen, um dort zur Verwendung in Mexico bereit zu sein.

Mexico. — Expräsident Porfirio Diaz, der sich gegenwärtig in Europa im Exil befindet, kehrt bald nach Mexico zurück, wird sich aber in keiner Weise wieder in die Politik seines Vaterlandes mischen. Sein Exil ist abgelaufen. Auf keinen Fall wird Expräsident Diaz später als am 2. April eintreffen, damit er an der Jahresfeier der Einnahme Puebla's teilnehmen kann, die am 2. April 1867 durch ihn erfolgte. Dieser Tag wird ihm zu Ehren festlich begangen werden.

Suffragetten und Dynamit

Landsitz des britischen Schatzkanzlers teilweise zerstört. — Verdächtiges Automobil mit Frauen. — Größere Sicherheit zur See. — Japans Kabinett.

London. — In den frühen Morgenstunden des Mittwoch wurde ein im Bau begriffener Landsitz des britischen Schatzkanzlers David Lloyd George in Walton Heath unweit London durch die Explosion einer Bombe teilweise zerstört. Von den Verübern der Tat fehlt zunächst jede bestimmte Spur; doch wurden unter den Trümmern des Gebäudes zwei zerbrochene Hutnadeln gefunden, außerdem geben Nachbarn an, daß ganz früh am Morgen ein mit Frauen besetztes Automobil die Ortschaft passiert hat.

Da das noch nicht fertiggestellte Gebäude noch nicht bewohnt war, wurde niemand verletzt. Die Bombe war in einem Zimmer des Baues gelegt worden, der dicht bei dem Golf-Felde liegt, wo Lloyd-George zu spielen pflegt. Die Höllenmaschine war so stark geladen, daß die dicken Mauern des Gebäudes nach allen Richtungen nachgaben und die meisten Zimmer ganz oder teilweise in Trümmern lagen.

Außer dem Dynamit hatten die Urheber der Explosion noch in zwei anderen Zimmer zwei siebenpfündige Büchsen Schwarzpulver in Haufen von ölgetränkten Holzspänen gelegt, in deren Mitte brennende Kerzen befestigt waren.

London. — Das Handelsministerium gibt bekannt, daß das Schiff „Scotia", welches früher bei der schottischen Südpolar-Expedition Verwendung fand, angeworben worden ist, um die Eis-Regionen im nördlichen Atlantischen Ozean zu patrouillieren. Dies soll dem Zweck dienen, drahtlose Stationen an der amerikanischen Küste und Dampfer von Eisberg-Stellen und anderen Gefahren zu benachrichtigen.

Es geschieht in Uebereinstimmung mit den Verhandlungen, welche kürzlich von der britischen Regierung und den nordatlantischen Dampferlinien geführt wurden. Die „Scotia" wird mit einem mächtigen drahtlosen Apparat ausgestattet werden und wird demnächst von Dundee abfahren.

Tokio, Japan. — Das neue japanische Kabinett unter dem Vorsitz des Grafen Yamomoto findet energische Opposition von seiten der alten Verfassungspartei, die entschlossen ist, das Ministerium nicht zu unterstützen, solange dasselbe sich nicht ausschließlich aus Mitgliedern der Partei zusammensetzt. Die Folge ist, daß Yamomotos Stellung beinahe so unhaltbar geworden ist, wie die seines Vorgängers, des Fürsten Katsura. Man glaubt in politischen Kreisen nicht, daß der Ministerpräsident vor der Verfassungspartei kapitulieren wird, vielmehr wird erwartet, daß derselbe dem Kaiser mitteilen wird, er sei nicht imstande, solange das Parlament in Sitzung ist, irgend welche Geschäfte zu tun.

Kaiserin-Mutter tot.

Peking, China. — Die Kaiserin-Mutter von China ist Sonnabend um 2.30 Uhr morgens in Peking gestorben. Sie war die Witwe des am 13. November 1908 verstorbenen Kaisers Kwang. Die direkte Todesursache ist nicht bekannt, nur soviel weiß man, daß sie nur wenige Tage krank war, und daß sich Symptome von Blinddarmentzündung eingestellt haben.